

Oberhauser zu Arbeitsmarktdaten: Regierung kämpft mit gezielten Maßnahmen gegen die Folgen der Krise

Utl.: "Ideen- und konzeptlose FPÖ sucht nach Sündenböcken" =

Wien (OTS/SK) - Die aktuellen Arbeitsmarktdaten zeigen, dass die Folgen der weltweiten Wirtschaftskrise immer noch nicht ausgestanden sind, sagt SPÖ-Arbeits- und Sozialsprecherin Sabine Oberhauser: "Wir hatten es mit der schwersten Krise seit den 1930er Jahren zu tun. Die Bundesregierung hat mit gezielten Arbeitsmarktmaßnahmen dafür gesorgt, dass wir in Österreich immer noch die niedrigste Arbeitslosenrate in der EU haben und als einziges EU-Land unter einer Marke von fünf Prozent liegen." Jetzt gehe es darum, weiterhin dafür zu sorgen, dass sich die wirtschaftliche Lage langfristig stabilisiert und der Arbeitsmarkt erholt. "Jeder Arbeitslose ist einer zu viel. Aber anstatt in FPÖ-Manier Ausländer und den Euro zum Sündenbock zu machen, setzen wir auf eine zielgerichtete Arbeitsmarktpolitik und kämpfen weiter um jeden Arbeitsplatz", so Oberhauser am Montag gegenüber dem SPÖ-Pressedienst. ****

Österreich stehe im EU-Vergleich nach wie vor gut da, "die Beschäftigung steigt kontinuierlich. 120.000 neue Jobs sind in den letzten vier Jahren entstanden und der positive Trend setzt sich fort." Auch in Sachen Jugendbeschäftigung nehme Österreich eine Spitzenposition ein. "Das ist eine unmittelbare Folge der bisherigen Arbeitsmarktpolitik, etwa des dualen Ausbildungssystems", stellte Oberhauser klar. Mit der Ausbildungspflicht lege die Regierung nun nach. "Eine gute Ausbildung ist und bleibt der Schlüssel zum Arbeitsmarkt. Fast die Hälfte der Arbeitslosen verfügt über keine oder nur geringe Qualifikationen." Hier setzen auch die diversen Schulungsmaßnahmen und AMS-Kurse an, die zum Ziel haben, Menschen für den Arbeitsmarkt zu qualifizieren "und auch dort zu halten", so Oberhauser. Besonders vom Risiko der Arbeitslosigkeit betroffen sind ältere Arbeitnehmer, die von Unternehmen aus der Arbeit oder in die Frühpension getrieben werden. "Dieser Praxis werden wir mit dem Bonus-Malus-System für Betriebe einen Riegel vorschieben", unterstrich Oberhauser.

Die Arbeits- und Sozialsprecherin stellte klar, dass sich gezeigt habe, dass die Arbeitsmarktöffnung in Richtung Osten keine nennenswerten negativen Auswirkungen auf den heimischen Arbeitsmarkt

mit sich gebracht habe. "Einige Parteien suchen hier gerne nach Schuldigen, die sie der Öffentlichkeit präsentieren können. Das ist ja auch einfacher, als Konzepte und Ideen zu entwickeln, wie man Menschen langfristig Perspektiven und soziale Sicherheit geben kann. Mit einem Euro-Austritt oder dem Dichtmachen von Grenzen erreicht man das jedenfalls nicht", betonte Oberhauser. (Schluss) sc/bj

~

Rückfragehinweis:

SPÖ-Bundesorganisation, Pressedienst, Löwelstraße 18, 1014 Wien,

Tel.: 01/53427-275

<http://www.spoe.at/online/page.php?P=100493>

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/199/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0069 2014-02-03/11:28

031128 Feb 14

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20140203_OTS0069